



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009–2014

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2012/2167(DEC)

1.3.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltskontrollausschuss

über die Entlastung zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der
Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2011 – Einzelplan III – Kommission
und Exekutivagenturen
(COM(2012)0436 – C7-0224/2012 – 2012/2167(DEC))

Verfasser der Stellungnahme: Georgios Papanikolaou

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. nimmt die Feststellung des Rechnungshofs zur Kenntnis, dass die Zahlungen für das zum 31. Dezember 2011 abgeschlossene Haushaltsjahr und andere interne Politikbereiche mit wesentlichen Fehlern behaftet waren und dass die geprüften Überwachungs- und Kontrollsysteme für Forschung und andere interne Politikbereiche nur bedingt wirksam waren; bedauert, dass der Bericht des Rechnungshofs keine genauen Angaben über die Ausgaben im Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz enthält;
2. begrüßt es, dass die Ausführungsrate bei den Verpflichtungen für den Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz, die sich auf 97,74 % belief, gestiegen ist, ebenso wie die Ausführungsrate bei den Zahlungen, die sich 2011 auf 93,10 % belief;
3. betont die große Bedeutung des Kapitels 18 02 – Solidarität – Außengrenzen, Rückführung, Visapolitik und Freizügigkeit von Personen für die Sicherheit und die Wirtschaft der Union; fordert die Kommission auf, ihre Haushaltsplanung zu verbessern;
4. nimmt die in ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht für 2011 enthaltenen Vorbehalte der Generaldirektion Inneres der Kommission hinsichtlich der Rufschädigungsrisiken aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung des SIS II zur Kenntnis; nimmt außerdem das finanzielle Risiko aufgrund der Restfehlerquote bei den keiner Prüfung unterzogenen Zuschüssen der Finanzprogramme „Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten“ und „Prävention und Bekämpfung von Kriminalität“ zur Kenntnis; fordert die Kommission auf, die angekündigten Korrekturmaßnahmen umzusetzen;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	21.2.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 36 -: 0 0: 14
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jan Philipp Albrecht, Rita Borsellino, Emine Bozkurt, Arkadiusz Tomasz Bratkowski, Philip Claeys, Carlos Coelho, Ioan Enciu, Frank Engel, Kinga Gál, Kinga Göncz, Nathalie Griesbeck, Sylvie Guillaume, Ágnes Hankiss, Anna Hedh, Sophia in 't Veld, Livia Járóka, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Timothy Kirkhope, Juan Fernando López Aguilar, Baroness Sarah Ludford, Monica Luisa Macovei, Véronique Mathieu Houillon, Anthea McIntyre, Nuno Melo, Louis Michel, Claude Moraes, Georgios Papanikolaou, Jacek Protasiewicz, Carmen Romero López, Judith Sargentini, Birgit Sippel, Renate Sommer, Nils Torvalds, Wim van de Camp, Axel Voss, Renate Weber, Josef Weidenholzer, Auke Zijlstra
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Mariya Gabriel, Monika Hohlmeier, Marian-Jean Marinescu, Jan Mulder, Raül Romeva i Rueda, Salvador Sedó i Alabart, Janusz Wojciechowski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Knut Fleckenstein, Karin Kadenbach, Ivailo Kalfin, Iosif Matula, Ivo Vajgl